

ria sparen muß, bekamen selbst sonst hochprivilegierte Minister und Beamte zu spüren: Dienstwagen dürfen sie nur noch beschränkt benutzen, Reisen ins Ausland und sogar Telefonate über die Grenzen hinweg müssen genehmigt werden. Die Nigerianer, in den letzten Jahren zu Großkunden der Industriestaaten aufgestiegen, kaufen derzeit ein Drittel weniger als in den Boomjahren im Ausland. Nur so wendeten sie die Zahlungsfähigkeit ab.

Außer Saudi-Arabien kann sich kein Ölland mehr sorglose Einkäufe im Ausland leisten. Indonesien etwa registrierte erstmals seit fünf fetten Jahren wieder ein Minus in der Zahlungsbilanz.

Nach Schätzungen wird die zusammengefaßte Leistungsbilanz der 13 Opec-Staaten in diesem Jahr mit einem Defizit von zwei Milliarden Dollar abschließen. 1981 verbuchten sie noch 58 Milliarden Dollar Überschuß.

Selbst Ländern wie dem bevölkerungsarmen Libyen fällt es schon schwer, pünktlich seine Einfuhrrechnungen zu begleichen. Spanische Exporteure warten seit Monaten vergebens auf die Bezahlung ihrer Libyen-Rechnungen. Die Zentralbank in Madrid stoppte daher im letzten Monat alle Überweisungen nach Tripolis. Im Ostblock bat Oberst Gaddafi um Aufschub für die Bezahlung gelieferter Rüstungsgüter. Der Handel mit den Osteuropäern läuft nur noch als Tauschgeschäft.

Sogar Kuwait, nach dem Pro-Kopf-Einkommen noch immer als reichstes Land der Welt eingestuft, muß finanziell zurückstecken. Zwar brauchen die Kuwaitis an ihrem Wohlfahrtsstaat – der keine Steuern kennt, kostenlose Gesundheitsfürsorge und Bildung bietet – nicht zu rütteln. Doch die bislang hohen Subventionen für Benzin, Strom, Wasser und Post konnte sich das Scheichtum nicht mehr leisten: Die Preise wurden kräftig hochgeschraubt.

Und was einst in den Industriestaaten das Ende der Ölzeit ankündigte, wurde ausgerechnet im Petrostaat Venezuela nun zur Wirklichkeit: An Sonntagen müssen, um den aus der Staatskasse subventionierten Sprit zu sparen, die Tankstellen schließen; wechselndes Fahrverbot gibt es für Autos je nach Kennzeichen.

Daß der gerade erst erworbene Öl-Reichtum der Förderländer wieder gefährdet ist, kommt manchem politischen Strategen in den Industriestaaten durchaus nicht ungelegen. Im Fall Mexiko, das sich mit seinen Petro-Milliarden etwas unabhängiger vom nördlichen Nachbarn machen wollte, geht es gegenwärtig nicht nur um unvollendete Investitionen wie die Pemex-Ruine in Mexiko City.

„Ohne Wind in den Segeln“, analysierte bereits das Washingtoner Außenministerium in einer vertraulichen Studie, „wird Mexiko weniger waghalsig in seiner Außenpolitik sein und weniger kritisch uns gegenüber.“

RUMÄNIEN

Abgetrennte Teile

Die ungarische Minderheit in Rumänien setzt sich gegen Ceausescus rigide Nationalitäten-Politik zur Wehr – erstmals mit Unterstützung aus Budapest.

Der Angriff, in Form einer Satire, kam vom sozialistischen Nachbarn und war ganz offensichtlich von höchster Stelle gebilligt worden. Denn das Werk, verfaßt vom ungarischen Schriftsteller Zoltán Galabárdi, erschien ausgerechnet in der Budapester Parteizeitung „Népszabadság“.



Ungarische Ceausescu-Karikatur in „Népszabadság“
Der Präsident ließ Geschichte umschreiben

Unter dem Titel „Die Identität“ schildert der Autor ein fiktives Land, das auf Befehl seines Präfecten und seiner Frau seine Geschichte umschreiben muß, um so mehr internationalen Kredit zu erwerben. Nur eine Minderheit macht die Manipulation nicht mit, ihre Kinder verspotten die Heldenlegende des Präsidenten.

Damit überhaupt keine Zweifel bleiben, wer mit diesem Präsidenten gemeint sein könnte, ist die Fabel mit einer Karikatur illustriert, auf der ein Mann mit den Gesichtszügen des rumänischen Staats- und Regierungschefs Nicolae Ceausescu zu sehen ist, aus dessen Kopf imaginäre Ritter mit Schwertern und Helmen wachsen.

Die Attacke aus Ungarn, vor ein paar Monaten veröffentlicht, war die bislang heftigste Kritik an der von Ceausescu

begründeten Abstammungslehre, nach der die Rumänen direkt von einem über 2000 Jahre alten Volk, den Dakern, abstammen, die schon im Jahrhundert vor der christlichen Zeitrechnung im Gebiet zwischen Theiß und Schwarzem Meer einen blühenden, den Römern ebenbürtigen Staat aufgebaut hätten.

Dazu der deutsche Historiker Georg Stadtmüller in seiner 1976 erschienenen „Geschichte Südosteuropas“: „Da man Geschichte nicht dichten darf, ist es auch nicht möglich, dem infantilen Überschwung chauvinistischer Geschichtsausdeutung Genüge zu tun.“

Das hat rumänische Wissenschaftler nicht davon abgehalten, mit Hilfe frühgeschichtlicher Ausgrabungen, mehr als einem Dutzend Büchern und einem monumentalen Breitwandfilm die Version der Uralt-Rumänen unter dem eigenen Fürsten Burebista unter das eigene Staatsvolk zu bringen, das in Ermangelung einer heldenhaften Gegenwart nur zu begierig nach dem angeblichen Ruhm in grauer Vorzeit griff.

Was auf den ersten Blick wie eine eher komische Attitüde anmutet, hat für Ceausescu sehr wohl realpolitische Bedeutung. Wird seine Abstammungslehre anerkannt, dann hätten die Rumänen tausend Jahre länger Anspruch auf ein Gebiet, das vor der wechselvollen Gegenwartsgeschichte nach internationaler Lesart lange zu Ungarn gehörte und in dem heute, vor allem in Siebenbürgen und dem Banat, noch 300 000 Deutschstämmige und rund zwei Millionen Ungarn leben.

Die ersten Deutschen, die Siebenbürger Sachsen, hatte der ungarische König Geza II. ab 1150 als Wehrbauern gegen die drohenden Türken ins Land geholt. Die Banater Schwaben kamen ab 1763 auf den Ruf der Kaiserin Maria Theresia – das Banat gehörte zum Habsburger Reich.

Und zumindest die Ältesten der heute in Siebenbürgen und dem Banat lebenden Rumänen, Ungarn und Deutschen haben schon mehrfach ihre Staatsangehörigkeit wechseln müssen – jedesmal begleitet von Unterdrückung und Greuel durch die jeweilige Siegermacht.

Nach 1867, dem österreichisch-ungarischen Ausgleich, gehörte das Gebiet zum Königreich Ungarn, nach dem Ersten Weltkrieg schlugen es die Siegermächte im Vertrag von Trianon 1920 den Rumänen zu.

Unter dem Druck von Hitler und Mussolini mußte Rumänien nach dem Wie-



Ungarn in Rumänien
Apartheid wie in Südafrika

ner Schiedsspruch im Jahr 1940 den Norden Transsilvaniens (Siebenbürgen) an Ungarn zurückgeben, nach Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Zustand von 1920 wiederhergestellt.

Die von beiden ungeliebten Nachbarn umstrittene Grenze blieb fortan als politisches Thema lange tabu. Sowohl Ungarn wie Rumänien wurden sozialistische Länder, und die Brüder im Kreml diktierten nach eigenen Interessen die internationale Politik für Bukarest und Budapest.

Gänzlich auf den langen Arm Moskaus aber wollten sich weder die Rumänen noch die Ungarn verlassen. Unmittelbar nach dem von Sowjet-Truppen blutig niedergeschlagenen ungarischen Volksaufstand im Herbst 1956 kam eine rumänische Parteidelegation unter Führung des damaligen Parteichefs Gheorghiu-Dej ins zerschossene Budapest und ließ sich von dem bedrängten neuen ungarischen KP-Chef János Kádár den Verzicht auf territoriale Ansprüche gegenüber Rumänien ausdrücklich bestätigen.

Andererseits, als nach dem Scheitern der Prager Reformer im Sommer 1968 die Gefahr bestand, daß die Sowjets auch das aufmüpfige Rumänien militärisch auf Kurs zwingen könnten, stand in der ungarischen Parteizeitung „Népszabadság“: „Kein Volk löst die Bande zu seinen abgetretenen Teilen, die mit ihm die gleiche Sprache sprechen, die gleiche Geschichte und Kultur haben. Wir halten es für unsere unabdingbare Pflicht, diese Bindung zu pflegen.“

Wegen der Grenzfrage, vor allem aber wegen der wachsenden Diskriminierung gerade der ungarischen Minderheit in

Rumänien blieb das Verhältnis zwischen Budapest und Bukarest kühl. Kádár und Ceausescu haben sich 1977 ein einziges Mal zu bilateralen Verhandlungen getroffen, und auch das nur, nachdem ein kompliziertes Protokoll eine Zusammenkunft erst in der ungarischen Grenzstadt Debrecen und anderntags im rumänischen Oradea (Großwardein) vereinbart hatte.

Das trügerische Bild einer sozialistischen Nachbarschaft wurde nur wenige Monate später endgültig zerschlagen – von einem rumänischen Spitzengenosse. Károly Király, ungarischer Abstammung und als verdienter Altkommunist bis zum Kandidaten des rumänischen Politbüros aufgestiegen, ließ im Januar 1978 ein von ihm unterzeichnetes Untergrund-Papier an die Mitglieder der KSZE-Folgekonferenz in Belgrad verteilen.

Darin klagt der magyarische Genosse die Bukarester Parteiführung an, durch ihren Chauvinismus die in Rumänien lebenden Minderheiten zu diskriminieren und zwangsweise zu assimilieren. Originalton Király:

Man versprach uns Mittel- und Fachschulen mit muttersprachlichem Unterricht. In Wirklichkeit sind wir Zeugen der Reduzierung dieser Schulen. Die Schüler dürfen nicht in ihrer Muttersprache lernen, und sogar in den Kindergärten wurde das Rumänische als obligatorische Unterrichtssprache eingeführt.

Was hier praktiziert wird, hat weder mit dem Marxismus-Leninismus noch mit den Menschenrechten und Grundfreiheiten noch mit Humanität, Ethik und Menschenwürde etwas zu tun, das heißt mit all den Prinzipien, die von der Propaganda unentwegt ausspauant werden.

Vor allem seit Ceausescus patriotischem Rückgriff auf die Frühgeschichte haben sich die Bedingungen für die Minderheiten dramatisch verschärft.

Formal sind zwar für Ungarn und Deutschstämmige noch immer eigene Schulen zugelassen, aber die Namen ihrer Dörfer und Städte wurden durch Dekret rumänisiert.

Rumänisiert werden sogar die alten Familiennamen. Prominentestes Opfer: die dreifache Goldmedaillengewinnerin der Olympischen Spiele in Montreal, Nadia Comaneci, die in Wirklichkeit Anna Komenes heißt und ebenso wie ihr Entdecker und langjähriger Trainer Béla Károly zur ungarischen Minderheit in Siebenbürgen gehört.

Deutsch oder ungarisch darf auch in Gebieten, in denen die Minderheit die Mehrheit stellt, in öffentlichen Versammlungen nicht gesprochen werden; die zweisprachigen Ladeninschriften sind abmontiert. Wer sich zu einer Minderheit bekennt, hat keine Chance, in der Armee, der Polizei oder im Diplomatischen Dienst aufzusteigen.

Dabei ist die zahlenmäßig weitaus größte Minderheit der Ungarn weit schlechter dran als die Deutschstämmigen. Während die Deutschen nach vertraglicher Regelung in die Bundesrepublik auswandern können (zur Zeit etwa 10 000 Personen im Jahr), ist der Weg aus dem sozialistischen Rumänien ins sozialistische Ungarn versperrt.

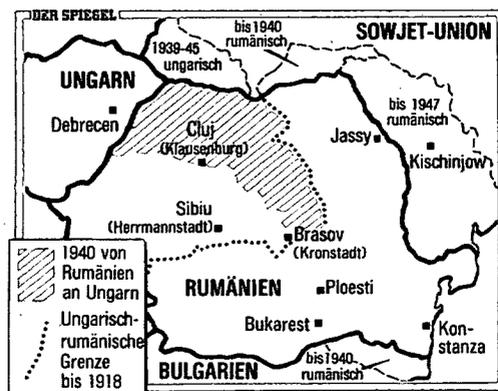
Sogar Verwandtenbesuche in Ungarn und der Empfang von Paketen aus dem wirtschaftlich weitaus besser gestellten Nachbarland sind verboten – unter den Bedingungen der rumänischen Dauerkrise für die Ungarn das am härtesten empfundene Verdikt.

Inzwischen wird auch in Ungarn die Empörung über die rumänische Politik immer lauter – ganz offensichtlich mit Billigung der Partei. So durfte der renommierte ungarische Schriftsteller Gyula Illyés in einer Budapester Zeitung die Behandlung der nationalen Minderheiten in Rumänien ungestraft mit der südafrikanischen Apartheid vergleichen, und wenig später erschien die „Identitäts“-Fabel in der Parteizeitung.

Weit mehr als der Spott der Nachbarn aber macht dem Daker-Fürsten Ceausescu der wachsende Widerstand im eigenen Land zu schaffen.

In Cluj (Klausenburg) erschien vor wenigen Wochen bereits die dritte Nummer einer 38 Seiten starken Untergrundzeitschrift in ungarischer Sprache, die sich „Ellenpontok“ (Kontrapunkte) nennt.

Darin wird in Form einer Dokumentation die politische und kulturelle Unterdrückung der Minderheiten durch die rumänischen Behörden geschildert, ein



Aufsatz geht auf den rumänischen Faschismus ein, ein anderer beschäftigt sich mit den aktuellen Vorgängen in Polen.

Zwei Memoranden, unterschrieben sowohl von ungarischen wie rumänischen Intellektuellen, protestieren gegen ein neues Buch des Parteischriftstellers Ion Lancranjan, das die Unterdrückung der Minderheiten in Rumänien zu rechtfertigen versucht.

Die brüderliche Nachbarschaft zwischen Ungarn und Rumänien gibt es – freilich nur im politischen Untergrund.